

Ostseezeitung

Wochenendausgabe, 01. März 2008 Titelseite

Gazprom und E.ON bauen Gaswerk bei Lubmin

Landesregierung setzt weiterhin auch auf Kohlekraftwerk / Gegner demonstrierten in Stralsund
Lubmin/Schwerin (OZ) Mecklenburg-Vorpommern ist auf dem Weg, eine deutsch-russische Energie-Drehscheibe zu werden. Nur ein Jahr nach Fertigstellung der Ostsee-Pipeline im Jahr 2010 soll bei Lubmin ein Gas- und Turbinenwerk ans Netz gehen. Der deutsche Energieriese E.ON und der russische Energiekonzern Gazprom haben dazu gestern eine Absichtserklärung für ein Joint Venture unterzeichnet, an dem sich beide zu jeweils 50 Prozent beteiligen.

Laut Schweriner Wirtschaftsministerium beläuft sich die Gesamtinvestition auf mehrere hundert Millionen Euro. Das Kraftwerk soll rund 60 neue Arbeitsplätze schaffen. Mit dem Bau, dessen Genehmigung bereits vorliegt, soll 2009 begonnen werden. Das neue Kraftwerk soll eine Jahresleistung von 1200 Megawatt haben und über die geplante Nord-Stream-Pipeline durch die Ostsee versorgt werden. Neben E.ON und Gazprom plant auch der deutsche Energiekonzern EnBW den Bau eines weiteren 1200-Megawatt-Gaskraftwerks in Lubmin. Laut Wolfgang Methling, Fraktionschef der Linkspartei im Schweriner Landtag, wird mit der Entscheidung von E.ON und Gazprom „das geplante Steinkohlekraftwerk Lubmin endgültig überflüssig“. Er sei stets der Auffassung gewesen, dass für den Standort Lubmin ein modernes Gas- und Dampfkraftwerk mit hoher Energieeffizienz die einzige heute noch tolerierbare Strom- und Wärmeerzeugung aus fossilen Brennstoffen sei, sagte Methling.

Eine ähnliche Auffassung vertritt die frühere Umweltministerin von Nordrhein-Westfalen, Bärbel Höhn. Im OZ-Interview erklärte das Bundesvorstandsmitglied der Grünen, neue Kohlekraftwerke seien überflüssig. Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD) begrüßte die Entscheidung für den Bau eines Gaskraftwerks. Eine Sprecherin der Staatskanzlei betonte, die Landesregierung werde das Genehmigungsverfahren für den Bau eines Steinkohlekraftwerks fortsetzen.

SPD-Landeschef Erwin Sellering sagte, die Nutzung von Kohle werde durch den Bau des Gaskraftwerks nicht überflüssig. Er hielt an der SPD-Forderung fest, das geplante Kohlekraftwerk Lubmin zu halbieren und auf neuesten Stand der Technik zu bringen. CDU-Wirtschaftsexperte Wolfgang Waldmüller erklärte, seine Partei setze unverändert auf einen Energie-Mix am Standort Lubmin. Dazu zählten Kohle und Gas.

300 Demonstranten in Stralsund sehen das ganz anders. Sie zogen gestern durch die Hansestadt, um gegen das geplante Steinkohlekraftwerk zu demonstrieren. Zu den Rednern gehörte u.a. Rügens Landrätin Kerstin Kassner.

Hunderte demonstrierten gestern in Stralsund gegen das geplante Steinkohlekraftwerk.

Wochenendausgabe, 01. März 2008 Mecklenburg-Vorpommern

„Wir brauchen keine Kohlekraftwerke“

Die Grüne Bärbel Höhn protestierte in Stralsund mit Bürgerinitiativen gegen die Baupläne von Dong Energy. Im OZ-Interview kritisierte sie die Energiepolitik von Land und Bund.

Schwerin/Stralsund (OZ) Bärbel Höhn, Ex-Umweltministerin von Nordrhein-Westfalen und Mitglied im Bundesvorstand der Grünen, sprach mit der OZ über das Steinkohlekraftwerk Lubmin, die Chance erneuerbarer Energieträger und die politischen Risiken für Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD).

OZ: Frau Höhn, der Projektleiter von Dong Energy, Peter Gedbjerg, sagt, nicht jeder könne Bio-Karotten verkaufen. Es müsse auch Leute geben, die Steinkohlekraftwerke bauen. Warum, glauben Sie, kann man komplett auf neue Kohlemeiler verzichten?

Bärbel Höhn: Die geplanten Kohlekraftwerke besitzen eine viel zu geringe Effizienz. Wir brauchen kleine, dezentrale Anlagen. Wir brauchen Blockheizkraftwerke, die einen Wirkungsgrad von über 90 Prozent haben. In Lubmin reden wir über einen Wirkungsgrad von 46 Prozent. Mit den großen Kohlekraftwerken werden wir unsere CO₂-Ziele deshalb nie erreichen.

OZ: Was verstehen Sie unter kleinen, dezentralen Blockheizkraftwerken?

Höhn: Wir setzen natürlich auf erneuerbare Energien. Wir können es schaffen, bis 2020 bundesweit über 40 Prozent unseres Stroms aus erneuerbaren Energieträgern zu gewinnen. Zum anderen setzen wir auf Kraftwerke, die zugleich Strom und Wärme produzieren. Die kann man mit Erdgas, aber auch mit Biogas betreiben. Große Braun- und Steinkohlekraftwerke brauchen wir nicht, Gaskraftwerke stoßen im Vergleich dazu bis zu zwei Drittel weniger CO₂ aus.

OZ: Die Stromkonzerne sagen, wir werden noch bis zu 40 Jahre einen Energie-Mix brauchen, zu dem auch Kohle zählt . . .

Höhn: Man kann mit diesen Kohlekraftwerken Geld verdienen. Richtig viel Geld. Das sind Gelddruckmaschinen. In den letzten fünf Jahren konnten die Stromkonzerne ihre Gewinne von sechs auf 18 Milliarden Euro im Jahr verdreifachen. Mit den geplanten 24 neuen Kohlekraftwerken behalten die Strom-Riesen in Deutschland ihre Marktmacht. Wir müssen durch dezentrale Stromproduktion mehr Wettbewerb und damit fairere Preise erreichen.

OZ: Die Landesregierung von MV steht ohne Wenn und Aber hinter dem Kohlekraftwerk Lubmin. Eine Begründung: Mit Dong Energy komme ein weiterer Wettbewerber nach Deutschland . . .

Höhn: Wunderbar. Aber bitte ohne Kohle. In Dänemark baut Dong Blockheizkraftwerke. Damit wäre Dong auch in Lubmin herzlich willkommen. Bundeskanzlerin Angela Merkel kann nicht in Heiligendamm sagen, sie wolle den CO₂-Ausstoß um 40 Prozent reduzieren, und gleichzeitig neue Kohlekraftwerke protegieren. Merkel hat zu Recht gesagt, dass man jedem Menschen auf der Welt den gleichen CO₂-Ausstoß zubilligen muss. Das wären zwei Tonnen pro Kopf und Jahr, für Deutschland insgesamt 160 Millionen Tonnen. Wie will Merkel dieses Ziel erreichen, wenn allein in Lubmin mindestens zehn Millionen Tonnen ausgestoßen werden? Kanzlerin Merkel steht nicht für Heiligendamm, sie steht für Scheinheiligendamm.

OZ: Warum aber unterstützt Ministerpräsident Harald Ringstorff das Kohlekraftwerk Lubmin?

Höhn: Die großen Strom-Konzerne machen eine hervorragende Lobby-Arbeit. Kritische Stimmen dringen zu den politischen Entscheidungsträgern oft gar nicht mehr durch. Wer viel investieren will, findet schnell ein offenes Ohr bei Politikern. Deshalb gibt es ja so viele Fehlinvestitionen in diesem Land. Wir müssen aufpassen, dass wir jetzt nicht die nächste Runde an Fehlinvestitionen bei Kohlekraftwerken machen.

OZ: Das Land argumentiert auch damit, Lubmin werde 150 neue Arbeitsplätze schaffen.

Höhn: Mecklenburg-Vorpommern könnte viel mehr neue Jobs mit erneuerbaren Energien schaffen, mit Windkraft zum Beispiel. Im Bereich der erneuerbaren Energien arbeiten inzwischen 250 000 Menschen. Im Bereich der Atomkraftwerke sind es 40 000. Die Lubminer haben sich für Tourismus entschieden – gegen Kohlekraft. Tourismus plus erneuerbare Energien würden MV bei weitem mehr Jobs bringen als ein Kohlekraftwerk.

OZ: Ringstorff sagt, wir befinden uns in einem Genehmigungsverfahren . . .

Höhn: Das ist ein Ablenkungsmanöver. Ringstorff hat sich für das Kraftwerk entschieden, dann muss er auch die Verantwortung dafür übernehmen. Er kann nicht seine Hände in Unschuld waschen. Wenn die Landesregierung nicht wollte, würde der Investor auch nicht bauen. Im Saarland wollte die Bevölkerung nicht, und das Projekt ist gekippt.

OZ: Die Landes-SPD stellt sich gegen Lubmin. Könnte das Steinkohlekraftwerk für Ringstorff zum Problem werden?

Höhn: Man kann Ringstorff nur raten, dass er lernt und seine Meinung ändert. Er erweist seiner Partei einen Bärendienst, wenn er den tiefen Spalt in seiner Partei nicht kittet. Er muss sich dringend auf die Seite der Kraftwerks-gegner schlagen, sonst droht seiner Partei Ungemach.

Interview: JÖRG KÖPKE

Die Grünen- Politikerin Bärbel Höhn reihte sich gestern in den Stralsunder Protestzug gegen das geplante Steinkohlekraftwerk in Lubmin ein.

Wochenendausgabe, 01. März 2008 Titelseite Stralsund

Vereint in Furcht vor dem Kraftwerk

Dass die Kanzlerin zur Theatereröffnung in Stralsund war, nutzten Gegner des Steinkohlekraftwerks Lubmin für eine Protestkundgebung.

Stralsund Sie waren laut, bunt und viele. Gestern zogen Protestierende gegen das geplante Steinkohlekraftwerk in Lubmin durch Stralsunds Altstadt. Auf rund 150 Metern Länge drängten sich die Demonstranten, einige verkleidet, zahlreiche mit Trillerpfeifen und noch mehr mit Plakaten. Darauf war zu lesen: „Mut zur Energiewende“, „Wir lassen uns nicht verkohlen“ oder „An diesem Vorhaben stirbt das Volk“.

Um 14.50 Uhr setzte sich der Demonstrationzug vom Fischmarkt in Bewegung. Vornweg ein Wagen der Freiwilligen Feuerwehr Thiessow. Michael Voitacha, der Vorsitzende der Bürgerinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk Lubmin“, die die Demonstration organisierte, machte Stimmung am Megafon: „Auch in Stralsund soll die Luft sauber bleiben. Nein zum Steinkohlekraftwerk Lubmin.“ Kurz vor dem Rathaus, wo die Abschlusskundgebung gehalten werden sollte, dann von ihm der Ruf „Wir sind das Volk“.

Die Menge sammelte sich vor dem Gewerkschaftshaus. Die ehemalige Umweltministerin Nordrhein-Westfalens, Bärbel Höhn von den Grünen, zollte der Anti-Kraftwerk-Bewegung ihren Respekt. „Toll, weiter so.“ Es sprachen Kerstin Kassner, die Landrätin von Rügen, Christa Labouvie von der Bürgerinitiative und Wolfgang Methling, Landtagsabgeordneter der Linken. Methling forderte: Fossile Brennstoffe sollten nur da eingesetzt werden, wo sie schwer ersetzbar sind, wie in der Chemieindustrie. „Wärme und sonstige Energie nur aus erneuerbarer Energie.“ Unter den Rednern waren auch drei Anwärter auf den OB-Posten in Stralsund. Jürgen Suhr vom Forum Kommunalpolitik warnte vor den wirtschaftlichen Schäden, insbesondere für den Tourismus. Jilka Kraatz, Kandidatin für die SPD, verlas eine Erklärung gegen das Kraftwerk. Karsten Neumann von der Linken sprach von der „größten existenziellen Bedrohung, die es jemals gab“. Er mache sich Sorgen: „Ich hätte mir mehr Stralsunder hier gewünscht.“ Die Demonstrantin Martina Hoffmann entdeckte viele bekannte Gesichter – aus ihrem Heimatort Lubmin. „Ich sehe die Stralsunder Werft vom Strand in Lubmin aus. Auch wenn es heißt, Ostwind ist selten – auch Stralsund wird stark betroffen sein.“ Brigitta Scheibel nahm sich extra einen Tag frei für die Demo. Sie ist selbstständige Kosmetikerin in Thiessow. Ihr Geschäft lebt stark von den Urlaubern. Genauso wie ihr Mann, der auf einem Campingplatz arbeitet. „Wenn der Wind ungünstig steht“, fürchtet sie, „können die Touristen den Staub vom Wohnwagen wischen.“

DENNIS JUNG

Wochenendausgabe, 01. März 2008 Insel Usedom links

Kohlekraftwerk: Diskussion zur Volksinitiative in der Kirche

Heringsdorf Die Bürgerinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk Lubmin e.V.“ veranstaltet am Sonnabend, dem 8. März, um 19 Uhr in der Evangelischen Kirche Heringsdorf eine Informationsveranstaltung mit Diskussion zur jüngst gestarteten Volksinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin“.

Als Podiumsteilnehmer haben bislang zugesagt: Prof. Dr. Christof Hardmeier, Theologe und Initiator des Greifswalder Appells „Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin“; Hinrich Kuessner, Landtagspräsident M-V a.D. und Vertreter der Volksinitiative; Prof. Dr. Dr. Stephan Tanneberger, Arzt und Chemiker, Universität Bologna; Michael Voitacha, Vorsitzender der Bürgerinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk Lubmin“. Die Veranstaltung wird moderiert von Achim Schultz aus Ahlbeck und dem Heringsdorfer Henning Reetz.

Bereits am 6. März findet um 19.30 Uhr im Dom zu Greifswald das erste Benefiz-Konzert zur Unterstützung des Widerstandes gegen das Steinkohlekraftwerk statt.

Wochenendausgabe, 01. März 2008 Insel Usedom links

Erneute Kraftwerksdebatte der Touristiker wohl im April

Insel Usedom Die von den beiden Koserower Hoteliers Thomas Wellnitz und Harry Bunczek angeschobene Initiative, angesichts neuer Erkenntnisse und Gutachten zum Steinkohlekraftwerk im Insel-Tourismusverband noch einmal detailliert und grundsätzlich über die Lubminer Ansiedlungspläne zu debattieren und womöglich anders zu votieren, trägt wohl Früchte. In dieser Woche wurden dem Vorstand 32 Briefe von Verbandsmitgliedern übergeben, die sich dieser Forderung angeschlossen haben. Das sind 25 % der Mitglieder, so dass nun wohl satzungsgemäß eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen ist. Diese soll – mit Experten, Gutachtern und Vertretern von Dong Energy – voraussichtlich im April stattfinden.

Wochenendausgabe, 01. März 2008 Mecklenburg-Vorpommern

Tourismus-Chef Löttge weiter in der Kritik

Schwerin/Bergen (dpa) Wegen seiner Zustimmung zum Bau des Kraftwerks in Lubmin steht der Präsident des Landestourismusverbandes, Mathias Löttge, in der Kritik. „Herr Löttge benimmt sich wie ein Sprecher der Energielobby“, warf Thomas Wuitschik vom Rügener Tourismusverband dem Chef des Landesverbandes vor. Es sei leichtfertig, mit einem solchen Projekt die touristische Entwicklung in einem der wichtigsten Urlaubsgebiete aufs Spiel zu setzen. Ein Viertel der Urlauber in MV besuchte Rügen.

Trotz der verbandsinternen Kritik erneuerte Löttge seine Zustimmung für das Kohlekraftwerk. Lubmin bei Greifswald gehöre zu den wenigen Standorten im Land für Industrieansiedlungen und müsse deshalb auch für Investitionen genutzt werden, um Arbeitsplätze zu schaffen. „So schön sich der Tourismus bei uns auch entwickelt, davon werden wir nicht alle leben können“, sagte der CDU-Landtagsabgeordnete.

Er verwies auf das Rostocker Kohlekraftwerk, dessen Bau ebenfalls umstritten gewesen sei, das aber die Tourismusentwicklung nicht beeinträchtigt habe. Gleiches erwarte er auch für Lubmin: „Von Rügen aus wird man das Kraftwerk kaum sehen.“ Die Gegner fürchten, dass das wichtigste Plus der Region bei den Touristen, die reine Luft und das saubere Wasser, unter dem Kraftwerk leiden könnte.

Nach Angaben des Rügener Tourismusverbandes haben erste Eigentümer von Appartement- und Ferienanlagen ihre Objekte schon zum Verkauf angeboten.

Tourismus-Verbandschef Mathias Löttge ist für das Kraftwerk.

Hier werden Arbeitsplätze geschaffen! Tausende!!!

Wochenendausgabe, 01. März 2008 Aus der Nachbarschaft

Das Solar-Werk expandiert

Nirgendwo in Europa würden mehr Solarmodule produziert als in Greifswald. Sagt Andreas Koebernik, Chef der Firma Solon Nord.

Greifswald Sieben Tage die Woche vier Schichten, rund um die Uhr: Bei Solon Nord in Greifswald, nach eigenen Angaben größter Produzent von Solarmodulen in Europa, gibt es derzeit keinen Stillstand. Unlängst ist eine neue, 4500 Quadratmeter umfassende Produktionshalle an der Siemensstraße errichtet worden. Ende Mai wird hier die erste von mehreren Fertigungslinien in Betrieb gehen, die Maschinen sind schon unterwegs. Derweil lässt die Firma den Bau einer weiteren Halle vorbereiten: 3400 Quadratmeter groß soll sie sein und sowohl Fertigungsstrecken als auch Logistik aufnehmen.

Bis Jahresende, kündigte gestern Solon-Nord-Geschäftsführer Andreas Koebernik an, werde sein Unternehmen die Produktionskapazität am Standort vervielfachen. Damit das gelinge, müsse ein neues Logistikzentrum errichtet werden. Ohne das bekäme man das Wachstum nicht in den Griff. Die Zeit eile, verdeutlichte Udo Possin, Geschäftsführer des Greifswalder Elektronik-Dienstleisters

ml&s, der die SolarModule für Solon herstellt. Bei einem Treffen mit dem Oberbürgermeister drängte Possin geradezu darauf, dass die Stadt im Sinne des Vorhabens schnell und unkompliziert handle. Möglichst schon im Mai sollte der Bauantrag die städtischen Gremien passiert haben, meinte der Unternehmer.

Für die Errichtung seines Logistikzentrums will Solon 20 000 Quadratmeter Grund und Boden an der Siemensallee kaufen, die bislang für einen Technologiepark vorgesehen sind. Damit der Solarmodul-Produzent das Gelände nutzen kann, müsste ein bereits bestehender Bebauungsplan geändert werden. „Wir haben die rechtlichen Möglichkeiten schon mal geprüft. Es ist möglich, das zügig und dennoch gesetzeskonform hinzubekommen“, gab sich Udo Possin gestern optimistisch. Oberbürgermeister Dr. Arthur König mochte ihm nicht widersprechen. „Ich denke, das bekommen wir gelöst“, entgegnete er.

Mit dem Bau des Logistikzentrums soll die Einrichtung von weiteren 200 Parkplätzen an der Siemensallee einher gehen. Auch sie werden dringend benötigt: Für die Fahrzeuge der Belegschaft, die durch die Produktionserweiterung wachsen wird. Etwa 150 Neueinstellungen sagen Solon-Nord-Chef Andreas Kobernik und ml&s-Geschäftsführer Udo Possin voraus. Nun ist die Stadt am Zuge.

SVEN JESKE

Wochenendausgabe, 01. März 2008 Titelseite Wismar

Solarstrom gut für Umwelt

Strom aus Solarzellen erspart der Atmosphäre im Vergleich zum Normalstrom fast 90 Prozent der schädlichen Emissionen. Das berichtet ein Forscherteam um Vasilis Fthenakis vom Brookhaven National Laboratory der US-Regierung im Blatt „Environmental Science & Technology“. Die Wissenschaftler hatten in einer Ökobilanz untersucht, wie viel Treibhausgase, Schwermetalle, Stickoxide und Schwefeldioxid bei Produktion und 30 Jahren Betrieb verschiedener Photovoltaikmodule entstehen. Sie berücksichtigten auch die Gehäuse und Verkabelung. Dabei stützten sie sich auf Abgasdaten 13 europäischer und amerikanischer Solarzellenhersteller aus den Jahren 2004 bis 2006. Am besten schnitten in der Untersuchung Dünnschicht-Solarzellen aus Cadmium-Tellurid ab. Dpa

Freitag, 29. Februar 2008 Titelseite Rügen

„Insula Rugia“ schließt sich Kraftwerksprotesten an

Rügen „Vor dem Ruhestand“, so der Titel des Stückes, dem die Bundeskanzlerin am Freitagabend anlässlich der Wiedereröffnung des Stralsunder Theaters beiwohnen wird. Omen für einen möglichen politischen Stolperstein? Denn während Angela Merkel der „Komödie von deutscher Seele“ (ab 2. März 2008 in Putbus) lauscht, wird sie von zahlreichen Demonstranten vor den Türen des Schauspiels aufgefordert werden, den Bewohnern der Region ihres Wahlkreises gegen den geplanten Bau des Kohlekraftwerks in Lubmin beizustehen.

Autor des Stückes ist der im Februar 1989 verstorbene Büchner-Preisträger Thomas Bernhard. Der habe den Finger oft und unerbittlich in gesellschaftliche Wunden gelegt, erzählt Hans-Dieter Knapp, Leiter der Außenstelle des Bundesamtes für Naturschutz auf der Insel Vilm: „Es scheint mir keine Frage, dass Bernhard, würde er an diesem Tag anwesend sein, sich an die Seite der Demonstranten stellen würde“, so Knapp, der zugleich Vorsitzender von „Insula Rugia“ ist, dem

Verband zum Schutz und zur Pflege der Insel Rügen. Dessen Vorstand beschloss auf seiner letzten Sitzung, sich der Volksinitiative gegen das Kraftwerksprojekt anzuschließen und ruft die Insulaner auf, sich an der Demonstration (14.30 Uhr, Stralsunder Altstadt) zu beteiligen.

Dem folgt nun nach Touristikern, Parteien, Verbänden, Wissenschaftlern, Förstern, und anderen auch die Berufsgruppe der Ärzte. Eine regionale Initiative von Angehörigen der Heilberufe (Ärzte, Apotheker, Psychologische Psychotherapeuten, Zahnärzte), wendet sich in einem Offenen Brief an Kanzlerin Merkel und Ministerpräsident Ringstorff und spricht sich „entschieden gegen den Bau des von Dong Energy geplanten Steinkohle-Kraftwerks in Lubmin aus. Gesundheit ist unverkäuflich!“ Unter den etwa zehn Rügener Erstunterzeichnern befindet sich mit Andreas Timmel auch der Präsident der Gemeinschaft fachärztlicher Berufsverbände MV. U. DRIEST

Freitag, 29. Februar 2008 Titelseite Rügen

Lubmin entzweit Tourismus

Rügen Das klare Ja zum umstrittenen Steinkohlekraftwerk Lubmin durch den Präsidenten des Landestourismusverbandes, Mathias Löttge (CDU), und des Rügener CDU-Landtagsabgeordneten, Udo Timm, stößt in Rügens Tourismus-Verband auf heftige Kritik. OZ sprach mit dessen Vorstandschef, Thomas Wuitschik (CDU), und dem Leiter der Tourismuszentrale, Ralf Hots-Thomas.

OZ: Der Chef des Tourismusverbandes, Löttge, sieht durch das Kraftwerk keinen Konflikt für Rügen. Was halten Sie davon?

Wuitschik: Von Herrn Löttge hätte ich eigentlich erwartet, dass er das Papier auch wirklich liest. Hätte er das getan, dann wüsste er, dass die Experten darin ausdrücklich vor einem Imagerisiko für die gesamte Region warnen und für den Südosten Rügens negative Folgen erwarten. Löttge spricht sich für das Kraftwerk aus und bereitet gleichzeitig für 35 000 Euro eine neue Imagebroschüre vor, in der das Land mit sauberer Luft für einen kohlendioxidfreien Urlaub wirbt. Das passt doch nicht zusammen!

Hots-Thomas: Ich glaube, da hat Partei-Disziplin über die Interessen des Verbandes gesiegt. Herrn Löttge scheint das Hemd der Partei näher zu sein als die Hose des Tourismusverbandes. Diese Leute vertreten doch nicht mehr unsere Interessen!

OZ: Der Rügener CDU-Landtagsabgeordnete Timm wirft Ihnen „unbegründete Hysterie“ vor und meint, der Tourismusverband Rügen betreibe eine Imagekampagne gegen sich selbst.

Wuitschik: Was nur zeigt, dass Herr Timm keine Ahnung von Tourismus hat. Im Übrigen scheint der Chef der CDU-Kreistagsfraktion ganz vergessen zu haben, dass es einen Beschluss des Kreistages und auch einen Antrag des CDU-Kreisverbandes gegen das Kraftwerk gab. Der Mann sollte endlich zurücktreten.

OZ: Herr Wuitschik, Sie sind selbst CDU-Mitglied. Verprellt Ihre Partei mit ihrem klaren Ja zum Kraftwerk nicht Wähler?

Wuitschik: Nach außen hin soll das Image einer investorenfreundlichen Partei gewahrt werden.

Da wird manchmal auch der Maulkorb verordnet. Aber hinter verschlossenen Türen wird in der CDU heftig diskutiert.

OZ: Gibt es schon Reaktionen?

Hots-Thomas: Im Südosten Rügens will der erste Investor seine Ferienwohnungen verkaufen. Wir fürchten bundesweite Negativ-Schlagzeilen. Viele Gäste sagen schon jetzt klipp und klar, dass Rügen und Usedom nicht mehr erste Wahl sein werden, wenn das Kraftwerk kommt.
Interview: R. SOMMER

Pressemitteilung mit der Bitte um Veröffentlichung
und Einladung zu Dreharbeiten

Die Ostseeküste ruft den Luftkurort Waren um Hilfe:
Rügen funkt SOS!

Am Dienstag, dem 4. März rollt ein rotes Feuerwehrauto von der Insel Rügen nach Waren (Müritz). Gelenkt wird es von Torsten Jelinski, dem Sprecher der Bürgerinitiative (BI) OG Möchgut-Thiessow. Gegen 8 Uhr wird es Position auf dem neuen Markt in Waren beziehen. Hier trifft Jelinski auf die Stadtvertreterin Jutta Gerkan (Bündnis 90/Die Grünen). "Die Volksinitiative 'Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin' wird von unserem bündnisgrünen Kreisverband Mecklenburgische Seenplatte unterstützt", so Gerkan. "Wir werden gemeinsam mit der BI am Dienstag von 8-17 Uhr auf dem Neuen Marktplatz neben dem Feuerwehrauto stehen. Alle Bürgerinnen und Bürger, denen der Klimaschutz am Herzen liegt, können an unserem Stand ihre Unterschrift leisten", so Gerkan weiter.

"Die Landesregierung, allen voran der Ministerpräsident, Harald Ringstorff und der Wirtschaftsminister, Jürgen Seidel befürworten ein Steinkohlekraftwerk in Lubmin, dessen Giftausstoß auch den Luftkurort Waren nicht unberührt lassen wird", so Jelinski. "Der geplante Bau eines so großen Steinkohlekraftwerkes am Greifswalder Bodden missachtet die Verantwortung zu mehr Klimaschutz und gefährdet die positive Tourismusentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. Es schadet dem erklärten Willen des Landes deutsche Tourismus- und Gesundheitsregion Nr. 1 zu werden. Nahezu 100 Wissenschaftler aus Greifswald haben begründet, warum dieser Beschluss geändert werden muss!", weiß Torsten Jelinski.

Beteiligen Sie sich an der Volksinitiative! Kommen Sie zahlreich am Dienstag auf den Warener Marktplatz, um mit ihrer Unterschrift gemeinsam mit uns eine Anhörung im Landtag zu erreichen!

Rückfragen an: Jutta Gerkan 0173-98 28 89 2

Donnerstag, 28. Februar 2008 Mecklenburg-Vorpommern

Konstantin Wecker schloss sich Bürgerinitiative an

Greifswald (OZ/RA) Der bekannte Münchner Liedermacher Konstantin Wecker hat sich der Greifswalder Bürgerinitiative gegen das Steinkohlekraftwerk am Greifswalder Bodden in Lubmin angeschlossen. Gleichzeitig erklärte sich der 60-Jährige bereit, ein Benefizkonzert im Greifswalder Dom St. Nikolai in der Reihe „Aufwachen- Kunst gegen Kohle!“ zu geben. Diese wird am 6. März eröffnet. Zum ersten Konzert haben sich 165 Greifswalder Musiker, Tänzer und Rocker zusammengeschlossen. In Verhandlungen stehen die Organisatoren auch mit Rockpoet Heinz Rudolf Kunze, der ebenfalls über einen Auftritt nachdenkt.